

Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn über die Zukunft Polens

Die österreichisch-ungarische Regierung hatte im Gegensatz zur deutschen und zur russischen Regierung bereits bei Ausbruch des Krieges eine klare Konzeption in der Polenfrage. Kongresspolen sollte mit Galizien vereinigt und zu einem Kronland mit einem ähnlichen Autonomiestatus wie Ungarn in die Monarchie eingegliedert werden. Auf ungarischen Wunsch wurde dieser österreichisch-ungarisch-polnische "Trialismus" allerdings zu einem "Subdualismus" modifiziert. Polen sollte lediglich eine Selbstverwaltung zugestanden werden. Die österreichisch-ungarische Regierung hielt an dieser "austro-polnischen" Lösung im Verlauf des Ersten Weltkriegs prinzipiell fest.

Durch die Besetzung Kongresspolens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen im Sommer 1915 und die Einrichtung von je einem deutschen und einem österreichischen Generalgouvernement änderte sich die politische Situation grundlegend. Am 13. August 1915 verhandelten der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und der österreichische Außenminister Graf Burián in Berlin über die polnische Frage. Burián konnte sich hier mit seiner Forderung nach einer "austro-polnischen" Lösung gegenüber dem Reichskanzler durchsetzen. Das Thema blieb allerdings in den weiteren Kriegsjahren ein Konfliktpunkt zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn.

Literatur:

LEMKE, Heinz, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution) (Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas 18), Wien 1977, S. 178-186.

Empfohlene Zitierweise:

Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn über die Zukunft Polens, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturreporte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 24036, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/24036. Letzter Zugriff am: 21.05.2024.